FA-1 Die Zukunft des Landes familiengerecht gestalten

Antragsteller*in: Landesvorstand, Anne Spiegel (KV Speyer), Daniel Köbler (KV Mainz),
Tagesordnungspunkt: 3. Familienpolitik

Familie ist für uns GRÜNE überall da, wo Menschen verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen – ob in klassischer Ehe mit oder ohne Kinder, alleinerziehend, in Patchwork oder in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft. Sie alle gilt es zu schützen und zu fördern. Dies gilt insbesondere für kinderreiche Familien und Alleinerziehende, denn diese sind besonders oft von Armut betroffen. Familie ist bunt und deshalb muss auch Familienpolitik bunt sein: Sie muss den unterschiedlichen Lebensentwürfen und Lebensumständen Rechnung tragen.

Wir GRÜNE wissen: Familien sind heute so unterschiedlich, wie die Menschen, die sie bilden. Wir unterstützen es, wenn Menschen, die mitten im Leben stehen, in vielfältiger Weise gleichberechtigt Verantwortung füreinander übernehmen. So verteidigen wir die moderne und weltoffene Gesellschaft auch in der Familienpolitik!

Familien erbringen unverzichtbare Leistungen für die Gemeinschaft. So etwa die Fürsorge für Kinder und pflegebedürftige Angehörige. Sie schaffen sozialen Zusammenhalt, indem sie sich zivilgesellschaftlich für andere Menschen engagieren. Familien tragen auch zu Integration bei. Familiennachzug erleichtert die Integration von Flüchtlingen. Um Familienleben ermöglichen zu können und Familien bei ihren Aufgaben zu unterstützen, ist gesellschaftlicher Zusammenhalt unentbehrlich.

Rechte Parteien bedrohen jedoch mit ihren rückwärtsgewandten familienpolitischen Konzepten die Vielfalt der Familienformen und den Zusammenhalt unserer offenen Gesellschaft. Sie wollen zurück zur traditionellen Ehe als Ort der Kinderproduktion, wo nur der Mann arbeitet, die Frau zu Hause bleibt und der Staat andere Familien nicht mehr unterstützt. Wir dürfen nicht zulassen, dass niedrige Geburtenraten zum Vorwand dienen, um einen gesellschaftspolitischen Anschlag ausgerechnet auf diejenigen Familien zu verüben, die Emanzipation und Gleichberechtigung leben!

Unsere GRÜNE Familienpolitik hingegen ist darauf ausgerichtet, dass Familien in all ihren Facetten die Unterstützung bekommen, die sie brauchen, um ihren selbstgewählten Lebensentwurf frei gestalten zu können. Wir wollen keine Rollenmodelle vorschreiben, sondern Rahmenbedingungen schaffen, welche Selbstbestimmung möglich machen, Geschlechtergerechtigkeit voranbringen und nicht zuletzt den Lebensunterhalt langfristig sichern. Die Familienpolitik in Rheinland-Pfalz trägt eindeutig eine GRÜNE Handschrift. Rheinland-Pfalz ist heute ein familien- und kinderfreundliches Land. Es gibt sehr gut ausgebaute Kindertagesstätten, eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, eine vielfältige und durchlässige Schullandschaft, berufliche Chancen, eine sehr gute Situation auf dem Arbeitsmarkt und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind Merkmale erfolgreicher, moderner Familienpolitik. Wir haben Rheinland-Pfalz zum Familienland gemacht.

Und wir wollen Rheinland-Pfalz noch familienfreundlicher gestalten. Für ein gutes Familienleben brauchen Familien Zeit, gute Infrastruktur, genügend Geld und Gleichberechtigung der Geschlechter.

Eine familienpolitische Zeitwende schaffen!

Eltern wollen wirtschaftlich unabhängig sein, aber auch relevante Zeit mit ihren Kindern verbringen. Beides muss selbstverständlich sein. Und doch ist es so, dass viele Frauen noch immer Angst haben, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern mitzuteilen, dass sie schwanger sind und es Männern unangenehm ist, Elternzeit zu beantragen. Niemand soll sich für Familienzeit rechtfertigen müssen! Vereinbarkeit bedeutet nicht, dass sich Familien der Arbeitswelt anpassen müssen, sondern umgekehrt: dass Unternehmen familienkompatible Arbeitsplätze und mehr Zeit, etwa in Form von Zeitkonten anbieten müssen. In Zeiten des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels konkurrieren Unternehmen - nicht selten weltweit - um die besten Beschäftigen. Ein modernes Familienleitbild der Unternehmen kann dabei den Ausschlag geben. Viele Unternehmen haben dies erkannt und angefangen, Arbeitszeit neu zu denken und innovative Konzepte für ihre Belegschaften zu entwickeln. Solche Wege wollen wir unterstützen: mit einer flexiblen Vollzeit, die es Beschäftigten ermöglicht, freier zu entscheiden, wie innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden ihre persönliche Vollzeit aussieht; mit einem Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Stundenzahl nach einer Phase der Teilzeit; mit einem Recht auf Homeoffice als Ergänzung zum festen Arbeitsplatz sowie mit einer Pflegezeit, die hilft, die Sorge für einen nahestehenden Menschen mit dem Beruf besser zu vereinbaren. Familien sollen mehr Zeit für- und miteinander erhalten! Zeit ist DIE Familienwährung der Zukunft!

Zeitpolitik spielt in viele Politikfelder hinein: Von der Wirtschafts-, Frauen- und Arbeitsmarktpolitik angefangen bis hin zur Sozial-und Familienpolitik. Wir wollen eine Debatte darüber anstoßen, wie wir die Fürsorgearbeit, die in unserer Gesellschaft geleistet wird, solidarisch absichern. Wir wollen Lohnarbeit und Fürsorgearbeit gerechter zwischen den Geschlechtern verteilen, mehr Mitbestimmung über die Arbeitszeitgestaltung für alle Berufstätigen sowie eine stärkere Flexibilität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Wahl ihres Arbeitszeitvolumens. Zugleich brauchen wir Möglichkeiten für berufliche Auszeiten, die auch Selbstständigen zugute kommen, und wollen auch Menschen mit geringem Einkommen mehr Zeit neben der Lohnarbeit ermöglichen.

Dies wollen wir mit dem GRÜNEN Konzept „KinderZeit Plus“ erreichen. Das bestehende Elterngeld, der finanzielle Schonraum im ersten Lebensjahr, soll weiterentwickelt werden. Jedes Elternteil erhält acht Monate Unterstützung – weitere acht Monate können sie sich frei untereinander aufteilen. Im ersten Lebensjahr des Kindes können beide Elternteile für maximal zwölf Monate vollständig aus dem Beruf aussteigen. Danach federt die KinderZeit Plus eine Arbeitszeitreduzierung finanziell ab, damit alle – auch Menschen mit niedrigerem Einkommen - sich eine solche Reduzierung leisten können. Die KinderZeit Plus gibt Eltern größere Entscheidungsspielräume, erleichtert Müttern einen schnellen Wiedereinstieg in den Job oder die Ausbildung und unterstützt eine vollzeitnahe Teilzeit beider Eltern nach dem ersten Lebensjahr eines Kindes.

Familien wünschen sich auch eine gute Vereinbarkeit von Familie bzw. Pflege und Beruf. Wir unterstützen es, wenn jemand Verantwortung für andere übernimmt. Die

Unterstützung und Pflege alter und kranker Menschen ist gesellschaftlich wichtig. Rheinland-Pfalz fördert daher regionale Netzwerktreffen, die das Ziel haben, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aus der Region und familienunterstützende Dienstleister zusammenzubringen, um Möglichkeiten der gegenseitigen Unterstützung und der Kooperation bei der Umsetzung einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erörtern. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass, wer Pflegebedürftige unterstützt, eine dreimonatige PflegeZeit Plus mit Lohnersatzleistung erhält.

Insbesondere Frauen reduzieren zugunsten der Familie häufig ihre Arbeitszeit. Der Grund dafür sind oft Sorgeaufgaben in der Familie, vor allem die Betreuung von Kindern oder zu pflegenden Angehörigen. Mittel- und langfristig stellt sich diese Entscheidung allerdings oft als ungewünschte Einbahnstraße heraus, weil der Weg zurück in die ursprüngliche Arbeitszeit versperrt ist. Wir brauchen daher einen allgemeinen Anspruch auf Befristung der Teilzeit und einen Rechtsanspruch auf Rückkehr auf eine volle Stelle. Zudem sollen Frauen und Männer endlich gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit bekommen. Wir unterstützen eine partnerschaftliche Aufteilung von bezahlten und unbezahlten Aufgaben. Beide Partner*innen sollen wirtschaftlich unabhängig sein, damit sie selbstbestimmt leben können – auch im Alter.

Die Landesregierung nimmt als familienfreundliche Arbeitgeberin dabei eine Vorbildfunktion ein. In den Ministerien, Behörden und Dienststellen des Landes sollen entsprechende Instrumente implementiert werden: Familienarbeitszeitkonten, Familienpflegezeit und die Berücksichtigung von Familienarbeit bei Einstellungen. Das Land soll darüber hinaus gemeinsam mit den Kommunen, Kammern und Wirtschaftsunternehmen einen Zeitatlas erstellen (Ist-Analyse) und gemeinsam mit Familien und den Akteuren vor Ort Ideen zur Zeitoptimierung und konkrete Schritte zu deren Umsetzung entwickeln und vollziehen.

Frühkindliche Bildung für alle Kinder - Kinderbetreuung am Bedarf der Familien ausrichten

Für die frühkindliche Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine flächendeckende, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, die sich an den Bedarfen der Kinder und Familien orientiert, von zentraler Bedeutung. Wir haben schon viel erreicht und wollen diese erfolgreiche Politik fortsetzen. Beim Ausbau der Kita-Plätze für Kinder unter drei Jahren und der frühkindlichen Bildung stehen wir bundesweit an der Spitze. Aktuell besuchen 44 Prozent der UnterDreijährigen und beinahe 100 Prozent der Über-Dreijährigen eine Kita. Rheinland-Pfalz ist das einzige Flächenland in Deutschland, das den Kindergarten ab dem 2. Lebensjahr beitragsfrei gestaltet. Hier steht das Angebot unabhängig vom Geldbeutel der Eltern allen Kindern zur Verfügung. Das soll auch so bleiben.

Wir werden das Kindertagesstättengesetz des Landes reformieren mit dem Ziel den Rechtsanspruch zu konkretisieren, die pädagogische Qualität zu steigern, Inklusion von Anfang an zu gestalten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern. Dabei soll ein qualitätsstärkendes, transparentes vereinfachtes, verlässliches, Finanzierungskonzept erstellt werden.

Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz soll für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ein Ganztagsangebot von mindestens 7 Stunden mit vollwertigem Mittagessen und Schlafangebot ermöglichen. Die Öffnungszeiten der

Kindertagesstätten sollen vom Träger unter Berücksichtigung des Wohls der Kinder gemeinsam mit den Eltern festgelegt werden. Den Bedürfnissen insbesondere erwerbstätiger Eltern soll Rechnung getragen werden. Insbesondere sollen bei Bedarf ein Verlängertes Vormittags- oder Ganztagsangebot vorgehalten werden.

Auch in den Kitas setzten wir uns für umfassende Teilhabe, Gleichstellung und Selbstbestimmung von Kindern mit Behinderungen ein. Beteiligung aller von Anfang an und Inklusion statt Ausgrenzung, das sind unsere Ziele. Kitas sollen daher barrierefreie sein. Je früher Inklusion stattfindet, umso selbstverständlicher gestalten sich das gesellschaftliche Zusammenleben und die erforderliche Akzeptanz. Kitas sollen sich in inklusive Kitas und Fördergruppen in gemischte Gruppen weiterentwickeln. Wir wollen für jedes Kind und seinen besonderen Bedarf, unabhängig vom Lern- oder Förderort, die notwendige professionelle Unterstützung ermöglichen. Daher wollen wir im Kindertagesstättengesetz den Rechtsanspruch auf einen inklusive Kita-Platz verankern.

Die Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten wollen wir durch ein verbindliches landeseinheitliches Bildungsprogramm sicherstellen. Die Sprachförderung soll mit dem Eintritt in die Kindertagesstätte beginnen. ErzieherInnen nehmen heute eine Schlüsselaufgabe bei der frühkindlichen Bildung war und brauchen dafür Entlastung. Wir wollenen die Möglichkeit multiprofessioneller Teams in Kitas weiter ausbauen. Beim Personalschlüssel streben wir eine reale Verbesserung an, die sich an den von der Forschung ermittelten Werten der Fachkraft-Kind-Relation orientiert (1 ErzieherIn / 3 Kinder unter 3 Jahren bzw. 1 ErzieherIn / 10 Kinder über 3 Jahren). Die Aspekte der Beobachtung und Dokumentation, der Freistellung von Leiterinnen und Leitern sowie der mittelbaren pädagogischen Arbeit und des Anteils der Ganztagsbetreuung müssen dabei berücksichtigt werden.

Wir wollen die Elternbeteiligung und die Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern bei der Alltagsgestaltung stärken. Die Elternmitbestimmung soll nach Vorbild des Schulgesetzes ausgebaut werden. Kreiselternausschuss und Landeselternausschuss sollen institualisiert werden.

Mit dem Programm „Kita!Plus“ haben wir Kindertagesstätten weiterentwickelt: Kitas werden zu einem Ort für die ganze Familie, weil die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Eltern und die gute Vernetzung der Kitas im Sozialraum gestärkt wird. Das werden wir weiter ausbauen und fortführen. Kindertagesstätten sollen zu Familienzentren weiterentwickelt werden. Familienzentren sollen gemeinsam mit der Kommune und dem Jungendamt ein Konzept erstellen, dass sich am Sozialraum orientiert mit dem Ziel, Unterstützungsangebote für Familien, wie Familienberatung und Familienbildung, um die Kita herum anbieten zu können.

Um den Umgang mit der Natur stärker zu fördern, wollen wir die bewährten Strukturen aus dem Bereich der Umweltbildung – zum Beispiel die Forstämter und Waldpädagogik – weiter ausbauen. Durch naturnahe Spielräume, Förderprogramme wie Spielleitplanung und große Außengelände von Kindertagesstätten sollen Kinder Natur erleben und selbst mitgestalten können.

Der Übergang in die Grundschule muss so gestaltet werden, dass Ängste bei Kindern gar nicht erst aufkommen. Die Kindertagesstätten sollen unter Einbeziehung der Eltern mit den Grundschulen zur Information und Abstimmung ihrer jeweiligen Bildungskonzepte zusammenarbeiten um Kontinuität in der Bildungskette zu schaffen. Wir wollen das Foren des Austauschs der

Bildungsstätten KiTa und Grundschule sowie Möglichkeiten der gegenseitigen Hospitation geschaffen und durch entsprechende Rahmenbedingungen sachlich und personell gefördert werden.

Dazu gehört auch das Schulentwicklungsplanung und KiTa-Bedarfsplanung als abgestimmtes Konzepte in den Kommunen erarbeitet werden müssen.

Auch für jedes Schulkind soll es bei Bedarf ein ganztägiges Angebot geben, entweder in einer Ganztagsschule oder in einem Hort. Die Bedarfsplanung für die Tagesbetreuung von Schulkindern soll sich an der Nachfrage orientieren. Bei kurzfristigen Engpässen sollen insbesondere Kinder von Alleinerziehenden und von Eltern, die beide erwerbstätig sind oder in Ausbildung stehen zu berücksichtigt werden. Betreuende Grundschulen ergänzen das Angebot.

Es gibt aber nach wie vor einen hohen Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten, vor allem auch in Randzeiten abends, nachts, am Wochenende und in den Ferien. Der flächendeckende Ausbau der Ferienbetreuung in Rheinland-Pfalz ist ein erster Schritt. Wir GRÜNE nehmen die Betreuungsgarantie ernst: Auch für eine alleinerziehende Mutter im Schichtdienst muss es die Möglichkeit einer kindgerechten, qualitativ hochwertigen Betreuung geben. Betreuungskonzepte müssen auf Randzeitenbetreuung am Abend und in der Nacht weiterentwickelt werden. Dazu gehört die Kindertagespflege, wie auch Modelle von „24-Stunden-Kitas. Soweit die sonstigen Voraussetzungen vorliegen, sollen von einer Tagespflegeperson bei Kindern unter drei Jahren bis zu drei und bei Kindern über drei Jahren bis zu fünf Kinder betreut werden können.

GRÜNE Politik macht das Land familiengerecht!

Die Familieninstitutionen des Landes - Häuser der Familie/Mehrgenerationenhäuser, Familienbildungsstätten und Familienzentren - sind wichtige Partnerinnen und Partner. Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen sowie Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen unterstützen Familien und insbesondere Frauen in allen Lebenslagen. Dadurch können frühzeitig vielfältige präventive Hilfestellungen eingeleitet werden. Das Familienministerium fördert ihre Arbeit und trägt zum Beispiel durch die Servicestelle „Netzwerk Familie stärken“ zu einer stärkeren sozialräumlichen Vernetzung der Angebote vor Ort bei. Rheinland-Pfalz hat als erstes Flächenland eine Ombudsstelle für die Kinder- und Jugendhilfe geschaffen, um Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern bei Bedarf niedrigschwellige Beschwerden zu ermöglichen und bei deren Klärung zu vermitteln und zu unterstützen.

Familienpolitik ist auch Kinderpolitik. Kinder haben ein Recht auf die bestmögliche Förderung ihrer Entwicklung. Deshalb ist es notwendig, dass Kinderrechte endlich auch im Grundgesetz verankert werden. Kindern und Jugendlichen, die in schwierigen sozialen und familiären Verhältnissen aufwachsen, muss alle erdenkliche Hilfe zur Sicherung ihrer Chancengerechtigkeit zukommen. Schon heute gibt es im Land ein System Früher Hilfen, die lokale und regionale Unterstützungssysteme für Eltern und Kinder bilden und darauf abzielen, Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Eltern in Familie und Gesellschaft frühzeitig und nachhaltig zu verbessern. Neben alltagsnaher Unterstützung leisten Frühe Hilfen insbesondere einen Beitrag zur Förderung der Beziehungs- und Erziehungskompetenz von Müttern und Vätern. Damit tragen sie maßgeblich zum gesunden Aufwachsen von Kindern bei und sichern deren Rechte auf Schutz, Förderung und Teilhabe.

Für junge Menschen mit besonderen erzieherischen Beeinträchtigungen sind sozialpädagogische Hilfen nötig. Dabei ist Heimunterbringungen wenn irgend möglich zu verzichten. Ambulante Maßnahmen, sozialpädagogische Hilfen und Familienhilfen sowie Tagesfördergruppen sind förderlich für Kinder und Familien sowie kostengünstig und effizient. Wir werden die ambulanten Hilfen gemeinsam mit den Kommunen ausbauen. Zur Abwehr von Gefährdung des Kindeswohls bedarf es auch frühzeitiger präventiver Hilfe in den Familien. Unverzichtbar ist darüber hinaus eine verstärkte Netzwerkarbeit zwischen Jugendämtern, Kindertagesstätten, Schulen, Vereinen und kirchlichen Einrichtungen. Das Monitoring für die Hilfen zur Erziehung ist ein sinnvolles Instrument, um landesweite und kommunale Entwicklungen abzubilden und zu steuern.

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine umfassende Reform der Kinder- und Jugendhilfen ein. Dabei muss der individuelle Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung für alle Kinder und Familien, die hier leben, gestärkt werden. Entscheidend für ein Ende der Hilfe darf nicht der 18. Geburtstag, sondern muss der tatsächliche Bedarf sein. Wir befürworten dabei die „inklusive Lösung. Wir wollen im SGB VII ein einheitliches Rechtssystem für alle Kinder und Jugendlichen verankern, gleich ob sie eine Behinderung haben oder nicht.

Kinderarmut bekämpfen

Zeit ist Geld, aber ohne Geld hilft Eltern Zeit allein natürlich auch nicht. Wir wollen, dass Familien keine finanziellen Nöte haben müssen.Dass etwa jedes zweite Kind in einem Alleinerziehenden-Haushalt und fast jedes fünfte Kind insgesamt in Armut aufwächst oder davon bedroht, ist ein gesellschaftspolitischer Skandal. Das deutsche Familienfördersystem ist ungerecht und nicht dazu geeignet, Kinderarmut zu verhindern. Kinder sind dem Staat heute unterschiedlich viel wert – so bekommen Besserverdienende über die steuerlichen Freibeträge hinaus am Ende mehr als Menschen mit durchschnittlichen oder geringen Einkommen, die Kindergeld beziehen. Wir wollen nicht mehr die Ehe, sondern Kinder fördern. Daher brauchen Kinder eine einkommensunabhängige Kindergrundsicherung, , die jedem Kind das sozio-ökonomische Existenzminimum garantiert. Ein erster Schritt wäre eine Reform des Kinderzuschlags, damit diese Leistung endlich alle Kinder – auch diejenigen, die in armen Familien leben, erhalten.

Alleinerziehende und ihre Kinder haben ein eklatantes Armutsrisiko. Wir GRÜNE stehen für eine Politik, die Alleinerziehende unterstützt – eine verlässliche Kinderbetreuung und Arbeitsförderung durch das Land ermöglichen Erwerbsarbeit. Ebenso wichtig sind sichere finanzielle Rahmenbedingungen. Fehlende Lohnzuwächse, zunehmendes Einkommensungleichgewicht, unterbrochene Erwerbsbiographien und das Fehlen einer Basisrente führen zu wachsender Altersarmut. Dies betrifft insbesondere Frauen. Auf Bundesebene setzen wir uns deshalb für eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen ein.

Wir brauchen insbesondere für Familien ausreichend bezahlbaren Wohnraum. Unser Ziel ist es, in fünf Jahren über 20.000 zusätzliche bezahlbare Wohnungen mit Hilfe des Landes zu schaffen.

Mit uns GRÜNEN wurde die Bildung von der Kita bis zur Hochschule in Rheinland-Pfalz gebührenfrei und wird es auch bleiben. Wir sind von gebührenfreier Bildung von den Kindertagesstätten bis zu den Hochschulen überzeugt, während die CDU mit ihren Forderungen nach Gebühren die Familien belasten möchte. Gebührenfreiheit

ist für uns auch eine Frage der Gerechtigkeit, denn gerade sozial benachteiligten Familien ermöglichen wir damit den Zugang zu allen Bildungseinrichtungen. Qualifizierung ist der Schlüssel, um sich nicht nur selbst weiterzuentwickeln, sondern auch zu verhindern, dass Armut in die nächste Generation weitergegeben wird. Die Schulsozialarbeit muss auf alle Schularten ausgeweitet und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Familienfreundlichkeit im Alltag vor Ort

Familien brauchen Unterstützung konkret im Alltag vor Ort. „Lokale Bündnisse für Familien“ sind Vorreiter für eine gelingende Vernetzung und Aktivierung unterschiedlicher familienpolitischer Akteurinnen und Akteure in den Kommunen und sollten flächendeckend gegründet werden. Öffentliche Einrichtungen, wie Schwimmbäder oder Theater, sollen Familientarife anbieten. Das Land soll bei sämtlichen eigenen Veranstaltungen, für die ein Eintritt verlangt wird, einen Familientarif anbieten und die auch bei der Förderung von Veranstaltungen zur Bedingung machen. Land und Kommunen sollen bei öffentlichen Veranstaltungen kostenlose Kinderbetreuung auch während der Sitzungen des Landtags, der Kommunalen Räte und vergleichbarer Gremien anbieten.

Begründung

erfolgt mündlich.